Vorlage 550/2019

Interfraktioneller Antrag

Tübinger Liste, SPD, FDP

17.09.2019

Antrag

Im Arbeitsprogramm des Gemeinderats September-Dezember 2019 (Vorlage 227/2019) ist u.a. vorgesehen, über die Digitalisierung bei der Stadt Tübingen zu beraten. Wir beantragen, dass die diesbezüglich von der Verwaltung erstellte Vorlage auch auf folgende Punkte eingeht und so die Voraussetzungen für eine Beschlussfassung des Gemeinderats schafft:

1. Koordinierung und Forcierung der Digitalisierungsbemühungen der Stadt. Die Verwaltung nimmt dabei Stellung zur Schaffung, den Aufgaben sowie der Zuordnung einer – gegebenenfalls sogar direkt beim Oberbürgermeister angesiedelten – zentralen neuen Stelle für die Digitalisierungs- und Modernisierungsaufgaben der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften.
2. Die Verwaltung sammelt zuvor die Stellenbeschreibungen und Erfahrungen mit solchen Funktionen in den benachbarten Städten Ludwigsburg, Böblingen, Waiblingen, Esslingen und Stuttgart und berichtet darüber.
3. Die Verwaltung wird gebeten, im Haushaltsentwurf 2020 diese Funktion (ggf. optional) zu berücksichtigen, damit der Gemeinderat darüber im Rahmen der Haushaltsgespräche entscheiden kann.

Frau Schweikert
15.10.2019
09:23

Begründung:

Ressourcenschonung und die funktionierende Stadt der Zukunft werden nur erfolgreich zu implementieren sein, wenn die technologischen Ansätze und Möglichkeiten der Digitalisierung und Vernetzung koordiniert ins Werk gesetzt werden. Ein kurzer Film über die Aktivitäten des sog. Living Lab in Ludwigsburg zeigt einige der sich anbahnenden Veränderungen. Zugleich veranschaulicht er die Komplexität der Koordinierung und darin deren absolute Notwendigkeit für den Erfolg: https://vimeo.com/204325657

Wir beobachten in Tübingen einige Ansätze für das verstärkte Aufgreifen dieser Themen in den Stadtwerken, bei der KST und in einzelnen Fachbereichen. Die Koordination dieser begonnenen und auf den Weg gebrachten Innovationen, ihre Ergänzung um weitere Felder und schließlich die Zusammenführung aller Aktivitäten, wird ohne eine steuernde und zentrale Stelle kaum gelingen. Fast alle Bereiche des städtischen Lebens sind davon betroffen: Mobilität, Wohnen, Schulen, der soziale Bereich, die Verwaltung, Bürgerbeteiligung, Arbeit und Wirtschaft etc..

Alle Fraktionen haben im Kommunalwahlkampf das Thema Innovation, Digitalisierung und Vernetzung als dringlich aufgegriffen. Zentrale Anliegen der Ressourcenschonung und CO2-Vermeidung werden ohne radikale technologische Umstellungen sowie deren zügige Vorbereitung und Einführung nicht zu erreichen sein. Mit der neuen Stelle würde die Überprüfung des Status quo, der Zielsetzungen und die Umsetzungsstrategien und -maßnahmen für den Gemeinderat möglich und so das Versprechen an die Wählerinnen und Wähler einlösbar.

Neben Ludwigsburg haben in unserer Nähe auch Böblingen, Esslingen und Waiblingen solche z.T. hochrangigen Koordinierungsstellen in der Verwaltung geschaffen. In Vorbereitung auf eine Einrichtung in Tübingen sollten der dortige Zuschnitt der Funktionen und die bisher gemachten Erfahrungen zur Definition der Aufgabe, des Qualifikationsprofils und des erforderlichen Budgets ausgetauscht werden und in unsere Konzeption der Aufgabe einfließen.

Tübingen ist durch die Cyber Valley Initiative bereits sehr eng mit den wichtigen industriellen Akteuren und den Forschungseinrichtungen in gutem Kontakt. Das stellt eine besonders große Chance und zugleich eine besondere Verpflichtung dar, diese Möglichkeiten auch in Tübingen zu nutzen.

Für die Tübinger Liste	Ernst Gumrich
Für die SPD Fraktion	Dr. Dorothea Kliche-Behnke
Für die CDU Fraktion	Prof. Dr. Ulrike Ernemann
Für die FDP Fraktion	Dietmar Schöning

Frau Schweikert
15.10.2019
09:23